

Die Handwerkservorlage

ist vom Reichstage endlich verabschiedet worden und zwar wesentlich nach den Vorschlägen der verbündeten Regierungen. Sie entspricht in ihrer Fassung nicht schlechthin den Erwartungen der ausgesprochenen Freunde der alten Zunftverfassung. Denn sie sieht von der obligatorischen Zwangs-einnahme und der grundsätzlichen Einführung des Befähigungsnachweises ab. Aber die Befürworter eines einheitlich und streng durchgeführten Zunft-zwanges und des Befähigungsnachweises haben doch guten Grund, sich des Erreichten zu erfreuen. Es stellt immerhin eine reichliche Abgablungs-zahlung auf ihre Wünsche dar und entspricht genau dem-jenigen, was zur Zeit überhaupt möglich war.

Es ist für sie schon von Werth, daß die verbündeten Regierungen sich als aufrichtige Freunde des Handwerks betbätigt haben. Das erweist Vertrauen für die Zukunft. Die Re-gierungen wären dem Handwerk, wie der frühere Handwerksorganisations-Entwurf des Ministers v. Wertheck beweist, auch gegenwärtig gern noch weiter entgegengekommen, wenn es nur nach ihren Wünschen gegangen wäre. Aber unter den ob-waltenden Verhältnissen durften sie bestimmte Grenzen nicht überschreiten.

Man darf nicht vergessen, daß in den süddeutschen Bundesstaaten die Begeisterung für die Zwangsinnung fastig nur eine sehr getheilte gewesen ist. Dort sind im Laufe der Jahre aus dem freien Zusammenschluß der Handwerker ganz lebensfähige Schöpfungen hervorgegangen, welche dem Handwerk eine gute Organisation und einen Nebel zu fruchtbaren Fortentwicklung bieten. Die süddeutsche Strömung ist zur Zeit nicht geneigt, diese Ergründungen im allgemeinen Reichsinteresse preiszugeben; und die auf die Gewerbefreiheit eingeschworene freisinnige Presse hatte hier gar nicht die Nabel angelegt, um eine allgemeine deutsche Handwerksorganisation auf dem Boden der Zwangsinnung zu hinterreiben.

Mit dieser Thatsache hatten die verbündeten Regierungen zu rechnen. Wollten sie überhaupt dem Handwerk nützlich sein, so mußten sie sich mit dem zunächst Erreichbaren begnügen und doch zugleich Grundlagen schaffen, auf denen sich das Handwerk im Sinne der Freunde einer strengen Handwerkersorganisation fortentwickeln konnte. Dies ist hinreichend gesehen. Die Bestimmungen des § 100, nach welchen von den Behörden die Bildung einer Zwangsinnung angeordnet werden kann, sobald die Mehrheit der beteiligten Handwerker der Einführung des Beitrittszwanges zustimmt und die Zahl der im Bezirk vorhandenen beteiligten Handwerker zur Bildung einer leistungsfähigen Innung ausreicht, — diese Bestimmungen haben Gesetzeskraft erlangt und leisten den Freunden der obligatorischen Zwangsinnung unstreitig großen Vorzug.

Nach die zum Schluß noch angenommene Resolution, durch welche die verbundenen Regierungen in der nächsten Session um Vorlage eines Gesetzes über die Einführung eines Verhängnisses nachweis für die handwerksmäßigen Gewerbe ersucht werden, muß die Freude einer festen Handwerksorganisation mit Hoffnungen für die Zukunft erfüllen. Wie sich die verbundenen Regierungen zu dieser Resolution stellen werden, bleibt abzuwarten. Aber jedenfalls ist die öffentliche Meinung ihr nicht schlechtthin ungünstig, und so haben die Handwerker thatsächlich Grund zur Zufriedenheit. Sie erhalten durch das neue Handwerkergesetz hinreichende Gelegenheit, sich zu organisiren, das Handwerk zu fördern und die Unentbehrlichkeit der Zwangsinnung ihren Berufsgenossen überzeugend erkennbar zu machen. Mit dieser Grundschrift können sie vorläufig zufrieden sein.

Wie aus Kiel gemeldet wird, ist der **Kaiser** dort mit dem Erbgroßherzog von Oldenburg auf der Nacht „Meteor“ gestern Nachmittag um 1½ Uhr vom Handicap Ederförde-Stiel eingetroffen; kurz vorher war die Kaiserin angekommen. Der Kaiser blieb während des Nachmittags auf seiner Nacht, während die Kaiserin die Prinzessin Henriette von Schleswig-Holstein besuchte. Abends 7 Uhr begaben sich die Majestäten zum Admiral Köster, um dem Gartenfest zum Besten des Marine-Frauenvereins beizuwohnen. Nachdem die Majestäten eine Stunde dort gewest hatten, begaben sie sich zum Abendessen auf die „Hohenzollern“, wo später der König der Belgier einen Besuch abstattete. — Der deutsche Vorkämpfer beim Admiral **v. Bülow**, der aus Kiel mit Friedrichsruh zurückgekehrt ist, und gestern vom Reichsfürst Fürsten Hohenzollern empfangen wurde, begiebt sich zunächst auf mehrere Wochen in das Salzammergut, wo er mit seiner Familie zusammenzutreffen wird. — In Göttingen starb am Sonntag nach längerem Leiden der ordentliche Professor der Arzneimittellehre an der dortigen Universität **Geheimer Medizinalrath Dr. Marum**. — Der kommandirende General unseres lothringischen Armeekorps **Graf Saefer** hat für Mannschaften des 16. Armeekorps in Lettenbach, einem landschaftlich reizvollen kleinen Orte dicht bei Albersweiler, ein „Genießungshaus“ ins Leben gerufen. — Der Gesamtvorstand der **Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896** hat den Arbeitsausschuß in seiner gestrigen Sitzung beauftragt, vorläufig von den Garantiefondszeichnern je 50 Prozent der von ihnen designierten Beträge einzufordern. Eine verbleibende Ueberschüsse sollen unter die Garantiefondszeichner vertheilt, etwa erforderliche Nachschüsse demnächst noch eingefordert werden. — Zum Direktor der städtischen höheren **Mädchenschule** und des **Lehrerinnen-Seminars** zu Götting ist der Direktor Dr. Hofmann aus Mühlhausen gewählt worden. — Die vom Kaiser gestiftete **Medaille zur Erinnerung an die Hundertjahrfeier** ist dem Berliner Magistrat für 25 Stadträte, 94 Stadtverordnete und 41 städtische Beamte zur weiteren Beförderung gefandt worden. — Die **pfälzische Zentrumsparlei** beschloß in ihrer gestern in Mannheim abgehaltenen Generalversammlung eine Resolution, welche den Verzicht der Koordination des bayerischen Zentrums vom Reichszentrum entziehen zurückweist. — Wie aus Posen gemeldet wird, erklärt der „Dziennik“, daß seine Meldung über ein Verbot des Spielens der **Militärkapellen in polnischen Vereinen** aus Irrthum beruhe. Es hätten zwar einige Zweifel bestanden, sie seien jedoch

von der Militärbehörde in zukommender Weise aufgegeben worden. — Die **Amtesentfetzung dreier Geistlichen der hannoverschen Landeskirche**, die dieser Tage erfolgt ist, macht berechtigtes Aufsehen. Vom Konfistorium in Hannover wurde anlässlich des hundertjährigen Geburtstages des Kaisers Wilhelm I. Lüten der Glocken und Gebet¹ angeordnet. Eine Anzahl evangelischer Geistlicher der Provinz gehörte in weissem Fanatismus dem Gebote des Konfistoriums nicht. Das Konfistorium hat nun die drei Geistlichen, welche der Anordnung nicht Folge geleistet und erklärt hatten, für einen König, der 1866 das Hannoverland annektirt habe, kein Gebet leisten zu können und auch kein Gelächte anordnen zu wollen, vor ein aus Mitgliedern des Konfistoriums gebildetes Gericht gestellt. Es waren das die Geistlichen Pastor Wendebourg in Al.-Wahner, Pastor Wendebourg in Gr.-Ebe und Pastor Schlömer in Grasdorf. Gegen diese drei hat das Konfistorium auf Amtesentfetzung erkannt. Die drei rentierten Geistlichen haben auch nicht die geringste Garantie geben wollen, in Zukunft bei etwaigen patriotischen Anlässen den Anordnungen des Konfistoriums nachzukommen.

Berlin, 30. Juni. Der am 27. Juni gelegentlich des Festmahls zu Ehren der Königin von England in Kiel vom Kaiser à la suite der deutschen Marine gestellte König der Belgier, Leopold II., ist der neunte Fürst, der diese Auszeichnung erhält. Der erste Fürst, dem diese Auszeichnung zu Theil wurde, war König Oskar II. von Schweden und Norwegen am 30. August 1888, da er zur Taufe des fünften Sohnes des Kaisers in Berlin weilte. Die zweite Verleihung erfolgte am 2. September 1890 an den Erzhersog Karl Stephan von Oesterreich, der in diesem Jahre an den großen deutschen Flottenmanövern Theil nahm. Am 7. Juni 1892 erfolgte die Stellung des Kaisers Alexander III. von Rußland à la suite und zwar gelegentlich der an diesem Tage erfolgten Zwei-Kaiser-Zusammenkunft in Kiel. Am 9. Juni 1893 wurde Prinz Alfred von Großbritannien, Herzog von Sachsen-Koburg und Gotha, à la suite der Marine gestellt und am 7. April 1894 Prinz Ludwig von Italien, Herzog der Abruzzi. Gelegentlich der Eröffnungsfestlichkeiten des Kaiser-Wilhelm-Kanals, am 19. Juni 1895, wurden Großfürst Alexis Alexandrowitsch, der Bruder des Kaisers Alexander III. von Rußland, und Prinz Thomas von Italien, Herzog von Genua, à la suite der deutschen Marine gestellt, endlich im vorigen Jahre, am 5. September, Kaiser Nikolaus II. von Rußland. Kaiser Alexander III. ist inzwischen verstorben. Zur Zeit befinden sich also in der Cherienstellung à la suite der deutschen Marine je 1 deutscher, vier reichiger, schwedischer und belgischer Fürst, sowie je 2 italienische und russische Fürsten. Der älteste ist König Oskar von Schweden (68 Jahre).

— Zu dem Austritt des Frh'n. von Mar-
schall bemerkt die „Streuztg.“ u. A.:
„Es wäre wohl die Henschei, und zwar die
thörichtste, weil sie Niemanden täuschen könnte,
wenn wir behaupteten, die Konstruktiven be-
bauerten den Abgang des Frh'n. v. Marschall.
Wenn sie etwas bedauert haben, so war es der
Umsand, daß dieser aus ihren Reihen hervor-
gegangene, ungewißhaft arbeitende und begabte
Staatsmann nach dem Scheiden des Fürsten
Bismarck eine Erbschaft antrat, die in ihrer
weiteren Entwicklung ihn vor Allem wirth-
schaftspolitisch in die entscheidende Gegenüber-
stellung zu ihnen drängte. Gewiß wird der unbefangene
Beurtheiler gern zugeben, daß, besonders seit der
Fürst Hohenzollern Reichskanzler geworden ist, und
Frh. v. Marschall in der auswärtigen Politik
eine glückliche Hand bewies, aber die unseligen
Handelsverträge werden für die Konstruktiven
nicht mit seinem Namen verknüpft bleiben.“

Es ist diesbezüglich der Mühe werth, daran zu
erinnern, daß für die „*unigen Handelsverträge*“
mit Oesterreich etc. — deren nothwendige Kon-
genz die späteren mit Rußland und anderen
Staaten waren — 20 Konfirmative gestim-
mten, während 36 Mitglieder dieser Partei da-
gegen votirten. Zu denjenigen, welche für die
„*unigen Handelsverträge*“ stimmten, gehörten
Herr v. Mantzenfel, der frühere, und Herr von
Lewchow, der jetzige Führer der konföderativen
Reichstagsfraktion.

Der „Damb. Korresp.“, der den Konferatoben näher sieht als den Liberalen, widmet dem Freiherrn v. Marschall einen ehrenhaften Nachruf; er ist der Meinung, der Staatssekretär habe, weil er in die Lage nicht mehr passe, „woher wahrscheinlich seine Ansicht mit dem Willen des Kaisers zusammentrifft“. Herr von Marschall gehe aber nicht wegen seiner Föhrung der ansehnlichen Angelegenheiten. Er, der konfervativen Mann, ist der bestgehefte Gegner der Konfervativen, weil er sich untermenden hat, in seinen Amt Staatsmann zu sein und nicht Parteipolitiker. Herr v. Marschall ist der Minister der Handelsverträge abfol, seine groe Redegabe und Sachkenntnis trat in die Schranken, wenn es galt, die nothwendig gewordene Wirtschaftspolitik parlamentarisch zu vertheiligen und gegen agrarische Dpochzeiten, wie die „Kanterei“ Front zu machen. Damals fohrte Freiherr von Marschall die Politik, für die sich der Kaiser persönlich nachdrücklich engagierte, mit unvergleichlicher Gingabe und Treue, und das haben die Konfervativen, die diese Politik bekämpften, den früheren Genossen nicht vergessen. Sie überfahdeten ihn mit späten Feilen seitdem unals er zur Wahrung seiner Ehre und zur Aufdeckung böartiger Intriguen jene Gerichtsbehandlung veranlafte, deren Einleitung der Kaiser selbst gewollt, da fuchten sie ihn mit Eifer aus hieraus einen Strich zu ziehen. . . . Wstehen offenbar wieder vor einer Wendung der Politik, nicht der früheren, aber der inneren, und das Freiherr v. Marschall auf wirtschaftspolitischen Gebiete eine markante und führende Persönlichkeit war, wird auch der Staatssekretär der Aenderungen von dieser Wendung im Innern nicht. Als im Winter 1893—94 der deutsche russische Handelsvertrag zur Verhandlung stand, wurde zur selben Zeit, als auf parlamentarischen Abenden der Kaiser selbst die Konfervativen begewinnen trachtete, ein Wort Niquels toportun: „Die Konfervativen mühten rechte Giel sein, wenn sie für den Vertrag stimmen!“ Die Konf.

verbatenen folgten dieser drastischen Mahnung, heute steigt der Stern Miquels zum Zenith, und Freiherr v. Marschall geht. Er nimmt mit sich den Ruf eines festen und ganzen Mannes, eines klugen und maßvollen Staatsmannes, und weite Kreise, insonderheit der deutsche Kaufmann und der deutsche Fabrikant, sehen ihn mit aufrichtigem Bedauern scheiden.

Erwählung verdient noch eine Aeußerung des „Reichsboten“:

„Ob Herr von Marschall, wenn er wieder ausgesondert werden sollte, seinen Posten verlassen würde? Die neuere Zeit verbraucht in den höchsten Aemtern die tüchtigsten Männer so massenhaft, daß, da dieselben nicht so dick gesät sind und gar Manche gerade durch die Aussicht auf den jähen Sturz davon zurückschreckt, es schwer halten wird, immer eine genügende Anzahl befähigter Männer zur Verfügung zu haben. Ein haushälterisches Verfahren würde sich sehr empfehlen und dürfte sich vielleicht durch die Macht, der Thatfachen auch noch zur Geltung bringen.“

-- Herr v. Bobbelski soll erklärt haben, er
 nehme das Reichspostamt nicht gern an, doch
 könnte er sich als alter Soldat dem Befehl des
 Kaisers nicht entziehen. Was die Werbung nun
 dementirt werden oder nicht, nachdem sie sich so
 lange erhalten hat, verdient sie, schreibt die
 "Magd.-Ztg.", immerhin doch einmal etwas näher
 betrachtet zu werden. Herr v. B. hat als Soldat
 Sr. Majestät dem Kaiser Gehorsam zu leisten,
 d. h. in militärischen Dingen; wenn er erklärt,
 diese Gehorsamspflicht auch auf andere Gebiete
 ausdehnen zu wollen, so ist das ein Akt persön-
 licher Entschlieung und nicht militärischen Ge-
 horsams. Das muß auch Herr v. B. klar sein.
 Es wäre dann in der ersten in die Öffentlich-
 keit gedruckenen Aeußerung des angeblichen
 künftigen Leiters unseres Postwesens eine diplo-
 matische Unklarheit zu konstatiren. Die Geschichte
 weiß von Männern, auch Soldaten zu berichten,
 deren Treue gegen ihren König und Herrn ihnen
 doch den Muth der eigenen Ueberzeugung lieh,
 und mit Stolz liest man die Berichte solcher
 Mannheit. Vier hätte eine höhere Treue als die
 des blinden Gehorsams erfordert, in aller Eyr-
 furcht und Entschiedenheit den etwa entgegenge-
 kommenen Befehl abzulehnen, unter Hinweis auf die eigene
 Sachkenntniß. Was dem nun aber sein wird,
 ihm wolle, es darf nicht unwidersprochen bleiben,
 daß hier auch für nicht militärische Gebiete eine
 militärische Gehorsamspflicht konstruirt wird.
 Auf den einzelnen Fall angewendet, muß die
 Befürchtung entstehen, daß unser Postwesen
 künftig nicht mehr geleitet werden wird nach
 Grundätzen, die durch eigene Sachkenntniß und
 Einsicht für dieses wichtige Verkehrsinstitut ge-
 wonnen wurden. Wir brauchen aber Männer dar-
 oben, die aus der Tiefe ihres Könnens die eigene
 Ueberzeugung schöpfen, mit der sie stehen oder
 fallen, und nicht alte Soldaten, die einfach
 gehorchen.

— Die diesjährigen Sitzungen des internationalen Kongresses der Schiffsbauer und Schiffingenieure finden bekanntlich in der Zeit vom 5. bis 10. Juni in London statt. Als Vertreter der kaiserlichen Marine wird Kommandant Brandemann an den Sitzungen theilnehmen. Von Seiten des Reichsmarineministors wird der Geheime Konstruktionsrath der kaiserlichen Marine, Wirklicher Geheimrath Admiralitätsrath Dietrich, ferner der Wirkliche Admiralitätsrath Langner und Kapitän Gütlich, der deutsche Marinetechniker bei der Botschaft in London bei dem Kongreß anwesend. Von Seiten des Reichsanwalts des Innern sind delegirt der Geheimdekreteregierungsath von Jonquieres, Geheimrath der Regierungsrath und Direktor des Schiffsvermessungsamtes Schulte und der Regierungsrath Bernald. Als Vertreter der preussischen Staatseisenbahnen wird Präsident Brandel anwesend sein, während der Verein deutscher Ingenieure durch seinen Präsidenten Kommerzienrath Kuhn und den Direktor Th. Peters vertreten sein wird. Die übrigen deutschen Theilnehmer setzen sich zusammen aus den Besitzern und Direktoren der großen Werften, beziehungsweise der großen Aemereien, sowie aus Sachverständigen auf dem Gebiet des Marinewesens und Ingenieurwesens. Den Ehrenvorsitz bei dem in Rede stehenden Kongreß hat der Prinz von Wales übernommen. Als Vize-Ehrenpräsidenten fungiren der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, der Herzog von York, der erste Lord der Admiralität Hr. Georg J. Goschen und der Präsident der Handelskammer C. F. Richter.

— In England hat sich eine Deutsch-Englische Vereinigung zur Förderung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien gebildet. Am 1. Juni erließen siebzehn in England lebende Deutsche folgenden Aufruf:

Die Vergrößerung der in England lebenden Deutschen sind von der Thatfache schmerzlich be-
rührt, daß zwischen Deutschland und Großbritannien eine politische Spannung eingetreten
ist, die mit den Jahren zuzunehmen scheint. Wir
können unserem alten wie neuen Vaterlande die
schuldige Anhänglichkeit und Dankbarkeit nicht in
wirblicher Weise ausdrücken, als daß wir den
Versuch machen, auf die Beziehungen beider
Länder verständig einzuwirken. Das Substanz-
Ihrer Majestät der Königin giebt zur Gründung
des Vereins willkommenen Gelegenheit. Die
Unterzeichneten glauben, daß eine nahe Verbin-
dung der beiden Reiche die Zivilisation und das
Wohl der Menschheit fördern würde, und daß
eine Entfremdung der Länder nicht nur als ein
unnatürliches Verhältniß, sondern als ein Un-
glück für die Menschheit betrachtet werden muß.
Wir wenden uns deshalb zunächst an alle in
Großbritannien lebenden Frauen und Männer
deutscher Abstammung mit der Bitte und Mah-
nung, für unsere Vereinigung zu wirken, dieselbe
beizutreten und umgebend ihren Namen an
den unterzeichneten Schriftwart zu senden, der
die Mittelstellen der weiteren Schritte in Kennt-
niß setzen wird."

Am Montag hatten sich bereits 60 Mitglieder, Deutsche und Engländer, darunter eine große Zahl hervorragender Persönlichkeiten an diese erste Aufforderung zusammen gefunden. Geheißt dann weiter:

„Diese Thatfache ist uns so bemerkenswert, als wir bisher keinerlei Propaganda gemacht haben — und sie beweist gewiß, daß wir, soweit Großbritannien betroffen ist, für unsere Bestrebungen in den weitesten Kreisen Sympathien finden. Nicht nur die in England

lebenden Deutschen, (sondern auch namentlich die den oberen Klassen angehörenden Engländer) sehen mit aufrichtigem Bedauern, daß die politischen Beziehungen zwischen den beiden stammverwandten Völkern gestörte sind, dieses Verhältniß ist ein unaufrichtiges und wir drücken die Ueberzeugung Tausender aus, wenn wir versichern, daß durch öffentliche Besprechung streitiger Fragen und durch Belehrung der Volks-Massen eine wesentliche Verringerung zum Besseren herbeigeführt werden kann. Wir wenden uns deshalb an unsere deutschen Landsleute und an alle in Deutschland lebenden Engländer mit der ersten Mahnung, im Sinne unserer Bestrebungen zu wirken und unserer Vereinigung beizutreten."

Auskunft erteilt und Meldungen nimmt an
der Sekretär der Englisch-Deutschen Vereinigung
(Anglo-German Association) Curt v. Abel-Mus-
grave, United Services College Westward Ho!
North Devon.

Daß die französischen Kammen, so oft es sich um Vorlagen über die Verkärkung der Streikfräfte zu Lande und zur See handelt, niemals eine ablehnende Haltung beobachten, ist bereits mehrfach konstatiert worden. Bemerkenswerth ist aber, daß gerade im radikalen Selbstlager weit über die Forderungen der Regierung hinaus eine Verkärkung der französischen Marine verlangt wird. Insbesondere ist es der Kabine Lofroy, dessen weitgehende Reorganisationspläne viel von sich reden machten. Ein аж scharfes Organ für Marinewesen, die in Moscovit erschienenen „Tablettes des Deux-Charentes“ machen jetzt аж dem Marineminister Admiral Besnard bittere Vorwürfe, weil er jenem Kredit von 260 Millionen, den der Flottenauschuß der Kammer für den Bau neuer Kriegsschiffe verlangen will, für übertrieben hält. Der Aushcuß möchte diesen Bau beiseitelegen lassen, der Minister hingegen ihn mit den zukünftigen Krediten auf die nächsten acht, statt auf bloß drei Jahre vertheilen. Die „Tablettes“ beschuldigen nun den Admiral Besnard einer sträflichen Nachgiebigkeit gegen den Finanzminister und die Majorität der Kammer, die nur an ihre Wiederwahl denke und wahrscheinlich meine, die Millionen der Steuerpflichtigen könnten eine bessere Verwendung bei der Begünstigung von Wahlmännern finden. Anders vermöge man sich seine Haltung nicht zu deuten. Die „Patrie“ giebt dem Provinsplatte, daß in Flottenangelegenheiten für eine Autorität gilt, vollkommen recht und stellt den Marineminister vor die Wahl, zu handeln oder seinen Rücktritt zu nehmen; denn Frankreich wolle eine mächtige Flotte haben, die Kammer fange an zu begreifen, wie notwendig dies sei, und ein Marineminister, der diese Ueberzeugung nicht theile, dürfe nicht länger am Auser bleiben.

Madrid, 29. Juni. Der Aufstand auf Cuba scheint trotz aller amtlichen Versicherungen bedrohlicher als jemals, man spricht von der bevorstehenden Abwendung von 20 000 Mann Verstärkung. Die Monatsausgaben würden dadurch um 60 Millionen Pesetas gesteigert werden. Sagastas Manifest findet allenthalben, auch in liberalen Kreisen, abfällige Verurtheilung.

London 29. Juni. An dem Frühstück, welches heute Nachmittag 2 Uhr in der deutschen Botschaft zu Ehren der Erbprinzessin und der Prinzessin Feodora von Sachsen-Weimaring stattfand, nahmen u. a. Theil: der österreichische Votschafter Graf Deym, der russische Votschafter von Siala, beide mit Gemahlin und Tochter, Marquise von Wlandford mit Tochter, die Herzoge von Marlborough und von Buccleuch, Prinz zu Hohenlohe und Baron Eschbastein mit Gemahlinnen sowie der brasilianische Gesandte de Souza-Correa. Die kommandirenden Offiziere der fremden bei Spithead liegenden Kriegsschiffe unternahmen heute unter Führung des Komre-Admirals Rice von der hiesigen Werft einen Auszug zur Besichtigung des Arsenal's von Portsmouth. Nach einem offiziellen Empfang bezeugten sie das Panzerschiff „Säfer“ und eine Anzahl anderer Anlagen von Interesse und nahmen schließlich das Frühstück unter Vorsitz des ersten Lords der Admiralität, Goschen, ein. Der „König Wilhelm“ geht heute nach Kiel ab. Das österreichisch-ungarische Kriegsschiff „Blen“ wird voraussichtlich morgen die Anker lichten.

London, 29. Juni. Der Ausschuß des Unterhauses zur Untersuchung der südafrikanischen Angelegenheit hielt heute bei verschlossenen Thüren eine Sitzung ab, um den Bericht festzustellen. Die Vernehmung weiterer Zeugen ist nicht beabsichtigt.

Ein Artikel der „Contemp. Rev.“, gezeichnet „Dnaister“, macht die Enthüllung, die Untersuchung sei so plötzlich auf Anregung der Königin geschlossen worden; sie wünschte, die von ihrem deutschen Kaiser und anderen Regierungen ertheilte Versicherung, daß die britische Regierung an Jameson's Einfall in Transvaal in keiner Weise kompromittirt sei, möge völlig intact bleiben. (?)

Stockholm, 28. Juni. Der Trinkspruch, welchen der König bei der Festtafel in Drottningholm auf den internationalen Journalistenkongreß in französischer Sprache ausbrachte, lautete:

Meine Herren! Mit aufrichtiger Genugthuung begrüße ich heute die Mitglieder des internationalen Journalistenkongresses als meine Gäste. Es drängt mich vor allem, Ihnen auf meine zu bezugene, wie sehr mich die zahlreichen Beweise von Sympathie ergreifen haben, die mir der Kongreß gegeben hat und die mir um so werthvoller sind, da ich sie als gleichzeitig an Schweben gerichtet ansehe. Unter den Einrichtungen der gegenwärtigen Zeit nimmt die Presse unbestreitbar einen der hervorragendsten Plätze ein. Die Macht, welche sie besitzt, scheint in der That eine überwältigende zu sein, und so lange die Presse, wie es sich gebührt, sich der hohen Verantwortlichkeit bewußt bleibt, welche die unermessliche Folge ihrer Macht ist, muß sie sicher auch als eine große Wohlthat für die menschliche Gesellschaft betrachtet werden. Das schwedische Volk empfindet daher berechtigter Freude darüber, daß der vierte internationale Journalistenkongreß Stockholm als Versammlungsort für dieses Jahr gewählt hat. Ich

alle das, was dessen Dolmetsch, in dem ich Ihnen
dahin fuhr, dankte und ich hoffe, daß Sie von
uns angenehme Erinnerungen und günstige
Eindrücke mit hinwegnehmen werden. In
der That wird die Erinnerung, welche
Ihr Verweilen unter uns zurückläßt, sich
johald nicht verwischen. Schweden ist eines
der Länder, wo die constitutionellen Freiheiten
die ältesten und tiefsten Wurzeln haben. Die
Freiheit der Presse namentlich ist hier, man
kann sagen, thatsächlich fast unbegrenzt. Mit
seiner Liebe zur Freiheit und Unabhängigkeit hat
indessen unser Land stets die Achtung vor der
Gemeinschaft und die Loyalität zu vereinen
gewußt. Seine Geschichte beweist es, daß die
sehr seltenen, vorübergehenden Ausnahmen nur
die Regel bestätigen. Einst wurden unsere
schwedischen Fahnen gar weit über die Grenzen
des Vaterlandes getragen, aber die Begebenheiten
dieser ruhmreichen, weniglich nicht immer
glücklichen Zeit sind nur noch eine Erinnerung.
Dieses Volk, Nachkommen der alten Wikingen,
strebt in unsern Tagen nur noch nach dem
Anbau friedlicher Großthaten und nach Siegen
auf dem Wege der Gerechtigkeit. Sie werden sich
während dieser Tage hier selbst ein ziemlich ge-
naueres Urtheil haben bilden können über die
Entwicklung der vereinigten Königreiche der
skandinavischen Gabeln in der glücklichen un-
friedlichen Periode dieses Jahrhunderts, das sich
seinem Ende zuneigt. In dem Wunsche, stets
in gutem Einvernehmen und in durchaus
freundschaftlichen Beziehungen mit allen zivilis-
irten Nationen zu leben, haben die Bruder-
völker, an deren Spitze mich die Vorsetzung ge-
stellt hat, das Vertrauen, Ihre Sympathien zu
verdienen und zu gewinnen. Als einen kostbaren
Beweis solcher Empfindungen stelle ich Ihre An-
wesenheit hier mit Freuden fest und bringe mit
der Versicherung vollkommener und herzlichster
Gegenfeitigkeit diesen Trinkspruch aus zu Ehren
des vierten internationalen Kongresses der Presse.

Brüssel, 29. Juni. 12 000 Bergarbeiter des Kohlenbeckens Mons sind in Folge der von den Behörden erlassenen Arbeitsordnung ausständig geworden.

—z. Zeit. 30. Juni. Evangelischer Arbeiter-Verein. In der gefrigen im Engelhardt'schen Lokale abgehaltenen außerordentlichen Männer-Verammlung, die auch von vielen Gästen besucht war, hielt Herr Völpers, ein D. Stöcker einen Vortrag über das Thema: Wie ist das Wachstum der Sozialdemokratie zu erklären. Widner führte in seinem 1 1/2 stündigen Vortrage etwas Folgendes aus: Es giebt gegenwärtig keine wichtigere Frage als die des Umsturzes, da dieser die Verwirklichung des ganzen Volkslebens bedeutet. Da müßte man sich fragen: Worin wurzelt diese Bewegung? Was kann man thun, um ihr Wachstum zu hindern? Dabei müßte man zugeben, daß gerade jetzt wieder eine große Verunsicherung eingetreten und das neue Vereinsgesetz als Ergebnis dieser Strömung anzusehen sei. Mit dem unaufhörlichen Wachstum der Sozialdemokratie wird die ganze arbeitende Klasse vor die Frage gestellt, ob sie sich den Umstürzbewegungen anschließen will oder nicht. Seine persönliche Ansicht über die Gefährlichkeit des Wachstums der Sozialdemokratie sei nun, daß je mehr diese wächst, desto weniger revolutionär erscheint sie, und unter den 1 1/2 Millionen sozialdemokratischer Wähler sind viele, die gar nicht an eine blutige Revolution denken. Vor 20 Jahren sei es anders gewesen, heute sei ein großer Unterschied gegen die damalige Strömung vorhanden. Wollte man sich diese Erscheinung erklären, so komme man zu der Thatsache, daß die heutige Sozialdemokratie weder in sozialem, noch in demokratischem Sinne, sondern allein in ihrer unheimlichen Agitation gefährlich sei. Ueber Raffaele, der seiner Zeit vom Staat 100 Millionen Pfaler forderte, sei man längst zur Tagesordnung übergegangen, aber auch Debel's Zukunftsstaat, in dem es kein Privatvermögen, sondern nur noch National-Eigentum geben sollte, in welchem man nur vom 16. bis 28. Jahre und zwar täglich 2 Stunden arbeiten sollte, ist bereits ein überwindener Standpunkt. Deyte wolle man

überhaupt nur recht, was man eigentlich wollte, und habe nur zwei Ansätze: das sogenannte Gesetz einer unbegrenzten Entwicklung, dessen Wirkung abzuwarten sei, und die von Marx aufgestellte sogenannte materialistische Geschichts-Entwicklung, die in ihrer unwahren Weise das Christenthum gänzlich übergehe. Selbst von dem bisher allgemein aufgestellten Grundsatze, daß die Produktionsmittel nicht mehr im Privatbesitz bleiben sollen, sei von einem Theile der Sozialdemokratie bereits abgesehen, weil damit bei der ländlichen Bevölkerung nichts zu machen ist. Da sei man nun dahin gekommen, nur das große Eigenthum vertaustlichen zu wollen, das kleine jedoch, besonders auf dem Lande, im Privatbesitz zu belassen. Wie solle das wohl durchgeführt werden? Sollte Derjenige, der 51 Morgen Land besitze, diese dem Staat abtreten, während der mit 50 Morgen feins behalten dürfe? Aus alledem gehe hervor, daß die heutigen Führer der Sozialdemokratie überhaupt kein Sozialisten, sondern nur Trübsinnigen, die ihren Anhängern ein Schlaraffenland vormachen, das niemals bestehen könne. Was nun das Demokratische der Sozialdemokratie anbelange, so müsse zustanden werden, daß sie gefährliche Feinde der Obrigkeit und des Vaterlands seien, daß sie mit den Franzosen in einer Weise patrirten, die sich kein Vaterlandsfreund irgend eines Landes gefallen lassen würde, daß sie sich pöbelhaft benehmen, wenn sie beim Voch auf den König sitzen bleiben, — aber dennoch haben sie seit 20 Jahren einen andern Ton eingeschlagen: sie haben eingeschrien, daß die blutige-revolutionären Neben zu nichts führen, und während sie früher Attentate verurtheilten, stellt sich jetzt beispielsweise von Vollmar auf den patriotischen Standpunkt, allerdings um die bairischen Vauern für sich zu gewinnen. Die größte Gefahr liege darin, daß die Sozialdemokratie das ganze religiöse und sittliche Bewußtsein unterdrücken wolle, sie ist atheistisch und will nichts von Gott wissen.

bejahender Antwort die Demission Strügers.